

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD***Lebenssituation von Lesben und Schwulen in Bremen verbessern***

Eine demokratische Gesellschaft lebt auch von ihrer Vielfalt. Dazu gehört selbstverständlich auch die Vielfalt von Lebensweisen und sexuellen Identitäten. Dennoch ist für Lesben und Schwule offene oder versteckte Diskriminierung vielfach noch Alltag. Die in Teilen der Gesellschaft vorhandene Ablehnung gleichgeschlechtlichen Lebens zeigt die Notwendigkeit, Toleranz und Chancengleichheit aktiv zu fördern und der Diskriminierung von Lesben und Schwulen entschieden entgegenzutreten.

Notwendig ist eine strukturelle Integration von Lesben und Schwulen in das öffentliche Bewusstsein und in das Verwaltungshandeln. Um entsprechende Maßnahmen sinnvoll planen und umsetzen zu können, ist es erforderlich, die bestehenden Kenntnisse über die Lebenssituation von Homosexuellen in Bremen zu verbreitern und zu vertiefen.

Nur auf Grundlage eines fundierten Berichts über die Lebenssituationen von Homosexuellen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen ist bei aller individueller Unterschiedlichkeit hinsichtlich Geschlecht, Lebensphasen, Bildung, sozialem und familiärem Status ein umfassender Politikansatz zu entwickeln, dessen Ziel es sein soll, Lesben und Schwulen zu ermöglichen, frei von Diskriminierungen in Bremen zu leben.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis Ende April 2009 einen Bericht vorzulegen, der Erkenntnisse hinsichtlich folgender Fragestellungen darlegt.

1. Welche Maßstäbe und welche rechtlichen Grundlagen befolgen Verwaltungen und öffentliche Gesellschaften hinsichtlich der Berücksichtigung und Gleichbehandlung von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung?
2. Werden aktive Diversity-Management-Strategien im Personalwesen der öffentlichen Verwaltung, der Eigenbetriebe, bremischen Stiftungen und der kommunalen und staatlichen Gesellschaften bzw. in der bremischen Wirtschaft verfolgt? Wird bei Personaleinstellung und -entwicklung gemäß AGG diskriminierungsfrei gehandelt? Sind diskriminierende Verhaltensweisen im Geschäftsverkehr mit homosexuellen Unternehmern oder Verbrauchern bekannt? Wie kann solchen gegebenenfalls bestehenden Praktiken entgegen gewirkt werden?
3. Inwiefern wird die Lebenssituation von lesbischen und schwulen Jugendlichen in Schule, Angeboten der Jugendhilfe, in Jugendberatungs-, -freizeit und -kulturangeboten, in Erziehungs- und Familienberatung, in der Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie anderen pädagogischen Bereichen berücksichtigt? Welche weiteren Maßnahmen sind zum Abbau von Diskriminierung und zur besseren Information, Aufklärung und Sensibilisierung erforderlich?
4. Inwiefern findet die Situation von Familien mit gleichgeschlechtlichen Elternteilen Berücksichtigung in Beratungsstellen, Jugend- und Familienhilfe, Schulen und Kindertagesstätten? Welche weiteren Maßnahmen sind zum Abbau von Diskriminierung und zur besseren Information, Aufklärung und Sensibilisierung erforderlich? Wie ist die Situation bei der Pflege- und Adoptivelternschaft von Lesben und Schwulen? Welche Maßnahmen sind zur Förderung und zur Verbesserung erforderlich?

5. Inwiefern wird die Lebenssituation von Lesben und Schwulen in der Altenhilfe und in der städtischen Pflegebedarfsplanung, z. B. bei der Konzeption von Altenwohnheimen und -wohngemeinschaften, berücksichtigt?
6. Gibt es eine besondere Situation von Lesben und Schwulen, welche bei der Gesundheitsversorgung zu berücksichtigen ist? Welche Maßnahmen sind gegebenenfalls zur Verbesserung erforderlich?
7. Wie und in welchem Ausmaß sind Lesben und Schwule in Bremen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung von Gewalt betroffen? Welche Maßnahmen sind in diesem Kontext zur Verbesserung von Prävention und Verfolgung von Straftaten erforderlich?
8. In welcher Weise wird das Thema sexuelle Orientierung im Kulturbereich und bei der öffentlichen Kulturförderung berücksichtigt? Welche Maßnahmen sind zu einer verstärkten Behandlung und damit einhergehenden gesellschaftlichen Sensibilisierung erforderlich?
9. Werden in den genannten Bereichen die besonderen Belange von homosexuellen Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderungen berücksichtigt, und welche Maßnahmen können bzw. müssen hier insofern ergriffen werden?
10. In welcher Weise besteht eine Zusammenarbeit des Senats und der Verwaltung mit anderen Bundesländern, dem Bund und europäischen Institutionen zur Verbesserung der Lebenssituation von Lesben und Schwulen?
11. In welcher Weise findet eine Öffentlichkeitsarbeit des Senats über die Lebenssituation von Lesben und Schwulen und besondere Angebote und Maßnahmen statt?

Klaus Möhle,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Björn Tschöpe,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD